

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugpreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilbündstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 25. September 1926

Nummer 76

### Gau Rheinland-Westfalen

Am 12. und 13. September fand in Koblenz in der „Städtischen Festhalle“ unser 16. Gautag statt. War die Tagesordnung auch nicht so umfangreich wie bei früheren Gautagen, so waren doch für unsern Gau sehr wichtige Beschlüsse zu fassen.

Alter Gepflogenheit gemäß tagte am Sonnabend eine Vorbereitungs- und Finanzkommission, wozu von jedem Bezirk ein Delegierter zugezogen wurde, um mit dem Gauvorstand die vorliegende Tagesordnung durchzuberaten, um dann durch einen gewählten Sprecher dem Plenum die gefaßten Beschlüsse dieser Kommission zu empfehlen.

Den Gautag eröffnete Gauvorsteher Bertram am Sonntagmorgen kurz nach 10 Uhr mit der Begrüßung der Delegierten. Er begrüßte ferner den Vertreter der Stadt Koblenz, Beigeordneten Dr. Bieften, den Landtagsabgeordneten Kleinmeyer, den Vertreter des Verbandsvorstandes, Kollegen Schweinik (Berlin), die Gauleiter der graphischen Verbände, die Kollegen Heilmann (Hilfsarbeiter), Reiß (Steindrucker) und Dräger (Buchbinder), sowie den Vertreter des DGB, Ortsauschuß Koblenz, Kollegen Elsner.

Kollege Bertram wies in seinen Begrüßungsworten auf die historische Bedeutung der Stadt Koblenz hin und knüpfte daran den Wunsch, daß auch hier bald die fremde Besatzung verschwinden möge. Er streifte die hinter uns liegende separatistische Bewegung, die namentlich im Rheinland Erfolge erhoffte, aber durch das geschlossene Zusammenstehen der Arbeiterschaft ein für allemal abgewirkt habe. Zum Schluß seiner Ausführungen hoffte er, daß die vom Gautag zu fassenden Beschlüsse zum Wohle des Gauwes wie auch der Organisation im allgemeinen auszuführen möchten.

Hierauf sang der Gesangsverein „Gutenberg“ (Koblenz) unter Leitung seines Dirigenten Herrn Mülich den wichtigen Chor „Da liegt die Heimat mir am Rhein“ von Altshofer, damit den Verhandlungen einen weisevollen Auftakt gebend.

In Erinnerung auf die Begrüßung durch den Vorsitzenden ergriff zuerst Beigeordneter Dr. Bieften das Wort, um für die Einladung an die Stadt zu danken und den Oberbürgermeister zu entschuldigen, der durch die am gleichen Tage stattfindende Görres-Veranstaltung zu seinem Bedauern abgelaufen sei, den Gautag persönlich zu begrüßen. Er erinnerte an die Feier des 60jährigen Verbandsjubiläums, die schon im Juni viele hundert Buchdrucker des Bezirks nach Koblenz geführt habe, und betonte das gute Einvernehmen zwischen Stadtverwaltung und der Koblenzer Buchdruckerschaft. Mit kurzen Ausführungen über die Bedeutung der gegenwärtig in Koblenz stattfindenden Görres-Feiern und einer Würdigung Görres' als Journalist und Freiheitskämpfer, dessen Gedanken wiederum nur durch die Buchdruckerkunst der breiten Öffentlichkeit übermitteln werden konnten, schloß Dr. Bieften seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsch auf vollen Erfolg der Tagung mit dem alten Buchdruckergruß „Gott grüß' die Kunst!“ Im Namen der graphischen Verbände nahm Gauleiter Reiß das Wort. Auch er feierte das innige Verhältnis zwischen Buchdruckerverband und den andern graphischen Verbänden. Die technische Entwicklung der letzten Zeit ließen den Gedanken des Zusammenschlusses der vier graphischen Verbände wieder aufleben. Die Wünsche auf gutes Gelingen der Tagung vom DGB, und der Koblenzer Arbeiterschaft überbrachte Kollege Elsner. Ihm folgte Kollege Neu, der im Namen des Bezirks- und Ortsvorstandes und der Kollegenschaft den Gautag begrüßte und besten Erfolg wünschte. Er brachte das Entschuldigungsschreiben des Oberpräsidenten Fuchs zur Verlesung, der aus den gleichen Gründen wie der Oberbürgermeister von Koblenz nicht erscheinen konnte. Zum Schluß entbot Verbandsvorsteher Schweiß (Berlin) die Grüße des Verbandsvorstandes, wofür letzterer die Bedeutung des zweitgrößten Gauwes wohl zu würdigen wisse und den Beratungen vollen Erfolg wünschte.

Kollege Bertram dankte allen Rednern. Er gedachte dann der seit dem letzten Gautag verstorbenen Kollegen, wobei er besonders die Kollegen Heinrich Wegel (Münster) und Ernst Meßlich (Dortmund) ehrend hervorhob. Ersterer, der 53 Jahre Mitglied unseres Verbandes gewesen sei, habe den Beweis erbracht, daß man auch als Oberfaktor die Interessen der Organisation wahren könne, während Kollege

Ernst Meßlich, zuletzt Staats- und Reichskommissar, auch in dieser Stelle den Kontakt mit der Kollegenschaft nie verloren, sich immer als Arbeiter gefühlt und sich als Idealist bewährt habe, bis das Eisenbahnattentat bei Lettefde seinem Leben im besten Mannesalter ein Ziel setzte. Ferner erwähnte Kollege Bertram das Abbleiben des Vorsitzenden der Zentralkommission der Schriftgießer, des Kollegen Frlachmann (Berlin). Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Verstorbenen von ihren Sigen.

Nach Konstituierung der Mandatsprüfungskommission und Bestätigung der Vorbereitungs- und Finanzkommission erwähnte Kollege Bertram das 25jährige Bestehen der Gewerkschafts-Internationale und wies auf die aus diesem Anlaß stattfindende Werbewoche für die Gewerkschaften hin. Es sei solidarische Verpflichtung jedes einzelnen, in dieser Werbewoche für die Gewerkschaften zu agitieren. Er kam dann auf den englischen Bergarbeiterstreik zu sprechen, der sich zu einer Sache der gesamten Arbeiterschaft aller Länder auswachse. Er hoffe, daß sich die alte Gefebredigkeit der Buchdrucker auch in diesem Falle durch Zeichnung in die umgehenden Listen bewähre, denn würde der Streik zugunsten der englischen Bergarbeiter ausfallen, würden Rückschlüsse auch auf die deutsche Arbeiterbewegung nicht ausbleiben. Er teilte unter großem Beifall mit, daß der Gauvorstand beantragt, eine Summe den englischen Bergarbeitern zu überweisen.

Der Bericht des Gauvorstandes über die abgelaufene Geschäftsperiode umfaßte eine Berichtszeit von 18 Monaten. Kollege Bertram konnte auch hier feststellen, daß die Organisationsarbeit im Gau in dieser Zeit Fortschritte gemacht habe. Er kam auf das Jahr 1925 zu sprechen, in dem eine so gute Konjunktur im Buchdruckgewerbe eingetreten sei, daß zeitweise Mangel an Spezialkräften entstand. Durch diese gute Konjunktur sei die Leistung von Überstunden nicht zu umgehen gewesen, doch seien in dieser Zeit Arbeitsleistungen vollbracht worden, die man von Organisationsstandpunkte aus nicht vertreten könne. Wo der Gauvorstand hiervon Kenntnis erhalten habe, habe er eingegriffen, denn derartige Arbeitsleistungen bedeuteten neben der Gefahr der Zertrümmerung des Nachmittags und der Zerstörung der Arbeitskräfte. Die nach 1925 einsetzende wirtschaftliche Krise, die nach seiner Meinung eine längere Dauer habe, sei auch am Buchdruckgewerbe nicht spurlos vorübergegangen. Er kam dann auf den jetzt von der Prinzipalität bestehenden Versuch zu sprechen, die Abrechnungen bzw. Leistungszulagen abzubauen. Ferner gab er Aufzählungen in Prinzipalanteilungen bekannt, die die „Flüssigkeit“ des Arbeitsmarktes bei den Maschinensetzern“ dadurch zu erreichen streben, daß die Prinzipale aufgefördert wurden, zahlreichere Entsendungen von Gehilfen zu den Maschinensetzerschulen vorzunehmen. Mit welchem Ziel, sei durchsichtig, nämlich: Schaffung eines Reserveheeres an Maschinensetzern, um dann auch deren Löhne zu drücken. Dem Gedanken einiger DGB-Leitungen, den angeblichen Mangel an Maschinensetzern zu heben, daß sie von den Arbeitsnachweisen auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes die Überweisung von arbeitslosen Handwerksan die Schulen verlangen und dafür die Kosten übernehmen, sei mit geeigneten Maßnahmen entgegengetreten worden. In der Frage der Lehrlingeinstellung machte die Leitung des DGB, Kreis II, ihren Einfluß dergestalt geltend, daß sie trotz der schlechten Konjunktur und trotz der großen Arbeitslosigkeit die restlose Einhaltung der Lehrlingskafala fordere. Dem Abwehrvertrag der Prinzipale widmete der Redner auch einige Sätze. Das beste Mittel, denselben unwirksam zu machen, sei die strikte Einhaltung der tariflichen Bestimmungen, namentlich von Seiten der Maschinenmeister. Zum Maternaaustausch übergehend, erklärte Redner, daß derselbe nicht zu verhindern sei, wir aber dessen Auswüchse bekämpfen müßten. Auch an die vorherige Einholung einer Auskunft beim Gauvorstand bei Stellungswechsel erinnerte er. Bei Nichteinholung dieser Auskunft und Entstehung von Konfliktsfällen als Folge dieser Unterlassung werde der Gauvorstand von jetzt ab mit statistischen Mitteln eingreifen. Die Lehrlingsordnung werde voraussichtlich am 1. Oktober auch in unserm Gau eingeführt. Entspräche der Wortlaut der Lehrlingsordnung auch nicht in allen Teilen unsern Wünschen, so seien darin doch Bestimmungen enthalten, die den Rednerien der Prinzipale, der Nachwuchstange nichts, ein Ende machen. Unsererseits müsse durch Entsendung geeigneter Kollegen in die Fachauschüsse versucht

werden, Einfluß in den Handwerkskammern zu erhalten. Die Namen dieser Kollegen seien schon jetzt dem Gauvorstand zu benennen. Durch beachtliches häufigeres Erscheinen des Mitteilungsblattes des Gauvorstandes hofft derselbe, einer einheitlichen Taktik in allen diesen Fragen den Boden zu bereiten. Seien auch in der abgelaufenen Periode nicht alle Wünsche des Gauvorstandes durchführbar gewesen, so habe dies daran gelegen, daß die Verhältnisse eben stärker waren als wir. Auf jeden Fall sei der Gauvorstand immer von dem Bestreben geleitet gewesen, das Beste für die Kollegen zu wollen. In diesem Sinne ersuchte der Redner die Versammlung, bei der Disziplin über seinen Bericht die Arbeiten des Gauvorstandes zu werten, getreu dem Wahrspruch: „Wer seine Schuldigkeit getan, ist wert, daß er lebt.“

Mit diesem Tätigkeitsbericht wurde gleich der Kassensbericht des Gauverwalters Bölsler zur Kenntnis genommen. Redner führte u. a. aus: Der gute Geschäftsgang des vorigen Jahres habe sich auch in günstigen Sinne auf die Gaukasse ausgewirkt, doch stelle die jetzige schlechtere Konjunktur wieder hohe Anforderungen an die Gaukasse. Der Mitgliederstand am Schluß des zweiten Quartals betrage 9035. Die Lehrlingsabteilung des Verbandes mache im Gau erfreuliche Fortschritte, wozu der Gau-Zugbuchdruckertag im vorigen Jahre viel beigetragen habe. Während die Zahl der Mitglieder in der Lehrlingsabteilung des Gauwes am Anfang des Jahres 1925 689 betragen habe, waren es Ende 1925 1461 und am Schluß des zweiten Quartals 1926 1628 Mitglieder. Die Gaukasse hatte Anfang des Jahres 1925 einen Bestand von 72 658 M., Ende 1925 150 828 M. Wenig die Gaukasse einen guten Bestand aufweise, so sei das auf die Rückvergütungen zurückzuführen, die der Verbandsvorstand den Gauen gewähre, nicht auf die Gaubeiträge. Berechtigte Kritik übte er an der Lausheit der Kollegen im Bestellen des „Korr.“, der trotz Einführung des Obligatoriums von vielen Kollegen nicht bestellt worden sei, wie er aus den eingelangten Quittungen ersähen könne.

An diese beiden Berichte schloß sich eine rege Aussprache an, die sich vor allem mit den brennendsten Gegenwartsfragen, wie der Reorganisation im Vertrauensmännerwesen, den Maschinenerschulen, der Überstundenfrage, der Lehrlingsfrage und dem Maternaaustausch beschäftigte. Die Tätigkeit des Gauvorstandes wurde von allen Rednern ohne Ausnahme anerkannt.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Bertram gelangte folgende Entschlußfassung zur einstimmigen Annahme:

„Der Gautag hat den Bericht des Gauvorstandes zur Kenntnis genommen. Demselben wird für die geleistete Arbeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Der Gautag hofft, daß dem Gauvorstand Gelegenheit gegeben wird, im bisherigen Sinne weiterzuarbeiten.“

Von der Erkenntnis ausgehend, daß der englische Bergarbeiterstreik zu einer internationalen Arbeiterfrage geworden ist, bewilligte der Gautag hierauf einstimmig 5000 M. zur sofortigen Überweisung an den DGB. Für die englischen Arbeiter. Gleichzeitig erteilte der Gautag dem Gauvorstand die Vollmacht, bei noch längerem Andauern des Streiks weitere Mittel beizustellen.

Nach der Mittagspause wurde der Beschluß der Mandatsprüfungskommission bekanntgegeben, wonach sämtliche anwesenden Delegierten (an Stelle des durch Todesfall anwesenden Delegierten Kollegen Bellingrath [Barmen]) war Kollege Kunz anwesend) als ordnungsgemäße Vertreter der Kollegenschaft festgestellt wurden.

Hierauf ergriff zu Punkt 3 der Tagesordnung der Hauptkassierer Kollege Schweinik (Berlin) das Wort zu seinem Referat über „Die Finanzabrechnung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker“, wobei er u. a. ausführte: Von vielen Mitgliedern werde der Finanzfrage nicht die Beachtung geschenkt, die ihr zukomme. Durch die Zeitverhältnisse habe ein großer Teil der Kollegen das richtige Augenmaß für Leistung und Gegenleistung verloren. Die Verbandstage von Hamburg und Berlin konnten die auf sie gesetzten Forderungen darum nicht erfüllen, weil man zuviel in finanzieller Hinsicht erhofft hatte. Auf die finanzielle Entwicklungsgeschichte des Verbandes eingehend, führte er aus, daß die heutige Kassenerhaltung sich erst allmählich entwickelt habe. 1886 sei die erste Zentralkasse ins Leben gerufen worden und im gleichen Jahre auch die Zivildienstkasse. 1893 habe das Verbandsvermögen

56 503 M., 1903 3 428 000 M. und 1913 bereits 10 058 112 M. betragen. Diese gute finanzielle Fundierung des Verbandes habe ihm denn auch eine Maßstellung des Arbeitgeber gegenüber gesichert. Durch die Inflation sei dann alles bis auf einen kleinen Rest zusammengeschnitten, und jetzt sei man an der Arbeit, um den Verband wieder auf seine frühere finanzielle Höhe und Kraft zu bringen. Heute sei das Verbandsvermögen auf 3 677 851 M. gebracht. Redner schilderte dann, wie der finanzielle Aufbau vor sich gegangen sei, und daß jetzt für die Verwaltung des Verbandsvermögens eine besondere Treuhänderverwaltung gegründet worden sei. Diese Gründung habe sich aus den verschiedensten Gesichtspunkten heraus als notwendig erwiesen. Er streifte dann die Berliner Arbeiterbank, die trotz der Wirtschaftskrise und der damit verbundenen Geldknappheit die auf sie gesetzten Hoffnungen voll und ganz erfüllte. Unse Druckerei in Berlin werde nach streng kaufmännischen Grundregeln geleitet und berechtige zu den besten Hoffnungen; seien doch jetzt schon insgesamt über 100 Personen darin beschäftigt. Bei der gesamten Finanzverwaltung im Verbande komme es aber darauf an, daß die Mitglieder zu den hiermit beauftragten Personen das Vertrauen hätten, daß sie ihr Amt zum Wohle des Verbandes verwalten. Und hier müßte er feststellen, daß dieses Vertrauen von jeder bei den Buchdruckern sehr groß gewesen sei, weil vom Verband alle gemachten Versprechungen eingehalten worden seien. Welche dieses Vertrauen den Führern gegenüber auch für die Folge, dann sei ihm um das fernere Blühen und Gedeihen des Verbandes nicht bange. Die beschredenen und auflärenden Ausführungen des Vortragenden fanden reichen Beifall. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt.

Hierauf wurden die Beratungen des ersten Tages geschlossen, hatte doch der Koblenzer Bezirk die Delegierten zu einem Festabend eingeladen, worüber am Schluß des Berichtes noch etwas zu sagen ist.

Am zweiten Verhandlungstage gab der Gauvorsitzer K ö s t e r zu Punkt 4: „Die Lehrlingsabteilung innerhalb des Gaus“ einen ausführlichen Bericht über den Stand der Lehrlingsabteilung. Wir hätten nunmehr 80 Proq. der vorhandenen Lehrlinge im Gau in der Lehrlingsabteilung vereinigt. Sehr zum Aufstiege der Lehrlingsabteilung habe der zu Pfingsten 1925 in Köln stattgefundene Gau-Jungbuchdruckerstag beigetragen. Der großen Kosten wegen könne natürlich nicht in jedem Jahre ein solcher Jungbuchdruckerstag abgehalten werden. Am aber jedem Lehrling innerhalb seiner Lehrzeit die Teilnahme an einem Jungbuchdruckerstag zu ermöglichen, bitte er um Annahme des Antrages des Gauvorstandes, der lautete:

„Der nächste Jungbuchdruckerstag findet im Jahre 1928 statt, von da an alle vier Jahre, und zwar sollen diese Jungbuchdruckerstage immer in Köln abgehalten werden. Es wird dem Gauvorstand überlassen, den Zeitpunkt festzusetzen.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Eine gauweise Erhöhung des Lehrlingsbeitrags empfahl Kollege W ö h n e r nicht, doch sei die Einrichtung von Spartenklassen zu besonderen Anlässen, wie Bezirks-Jungbuchdrucker-tagungen, Ausflügen usw., für die Lehrlinge anzuraten. Die Lehrlinge müßten durch Einwirkung der Vertrauensleute zum Eintritt in die Lehrlingsabteilung erzogen und zur Teilnahme an den Veranstaltungen angehalten werden. Tabellen müßte er die schlechte Ausfüllung der vom Gauvorstand herausgegebenen Lehrlingsstatistik. Hierauf müßte unbedingt mehr Sorgfalt gelegt werden; die auf den Formularen gestellten Fragen seien wohlüberlegt und müßten genau beantwortet werden.

Gaujugenleiter F r i e d r i c h s schloß sich den Ausführungen W ö h n e r s an und machte darauf aufmerksam, daß alle Lehrlinge den Sachausfluß gemeldet werden müßten, so daß man jetzt genaue Anhaltspunkte habe, wo die Lehrlinge untergebracht seien.

Ein weiterer Antrag B a r m e n: „Für die Lehrlingsabteilungen hat die Gaukasse entsprechende Zuschüsse zu leisten“, fand dahin seine Erledigung, daß der Gauvorstand sich bereit erklärte, von den 5 Pf., die pro Lehrlingsmitglied in die Gaukasse fließen, 2 1/2 Pf. an die Bezirke rückzuerzählen; außerdem wird der Gauvorstand in besonderen Fällen Mittel aus der Gaukasse zur Verfügung stellen.

Bei Punkt 5: Wahlen zum Verbandstag betreffend, wurde einem Antrage E l b e r s e l d: „Auf den Stimmzetteln zur Wahl der Delegierten zum Verbandstag sind anzugeben: Vor- und Zuname der Kandidaten, Wohnort und zu welchem Bezirk gehörig“, zugestimmt.

Zu Punkt 6: Erweiterung und Veränderung der Satzungen, wurde ein Antrag K o b l e n z: „Mitglieder, welche sich nicht an Verbandsleben beteiligen, erhalten keine Gau-Extrakterstützung“, zurückgezogen.

Antrag M ü n s t e r: „Alle drei Jahre, nach jedem ordentlichen Verbandstage, findet ein Goutag statt“, wurde angenommen.

Antrag M ü n s t e r: „Die Zahl der Delegierten zum Goutag ist zu verringern“, wurde nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu dem Antrag des Gauvorstandes: „Die Satzungen des Gaus sind zu vereinfachen und übersichtlicher zu gestalten. Die darin enthaltenen Rechte und Pflichten der Mitglieder bleiben bestehen“, lag eine entsprechende Vorlage dem Goutage vor. Dieselbe fand mit geringen reaktionellen Änderungen die Zustimmung des Goutages.

Ein Antrag K o b l e n z: „Die am 1. Januar 1925 vom Gau Mittelrhein zum Gau Rheinland-Westfalen übergetretenen Kollegen erhalten beim Ableben das vom Gau zu zahlende Sterbegeld nach Maßgabe der geleisteten Beiträge“, wird angenommen, und zwar für die zwei inzwischen verstorbenen Mitglieder mit rückwirkender Kraft. Ein Dringlichkeitsantrag von Redlinghausen wurde vom Goutag abgelehnt. Hierauf gelangte folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: „Der Goutag beschließt, den verheirateten nicht-bezugsberechtigten und ausgetretenen Kollegen und den Invaliden des Gaus eine einmalige Unterstützung aus der Gaukasse im Betrage von 20 M. zu gewähren. Ledige ausgetretene und nicht-bezugsberechtigte erhalten 15 M. Auszahlungstermin: Mitte Oktober. — In der Weihnachtsgelagert der gleiche Betrag nochmals zur Auszahlung.“

Der Beitrag zur Gaukasse wurde in der bisherigen Höhe (20 Pf. pro Woche) belassen.

Bei Punkt 9: Wahl der geschäftsführenden Personen des Gauvorstandes, wurden durch getrennte Abstimmung über jeden Angelegten die Kollegen Bertram, Wöchner und Wöller einstimmig wiedergewählt.

Zu Punkt 10 erfolgte die Festsetzung der Tagegelde für die Delegierten. Die Gehälter der geschäftsführenden Personen des Gauvorstandes wurden in der bisherigen Höhe genehmigt, während die Sitzungsentfädigungen für den Gauvorstand um 20 Proq. erhöht wurden. Auch die Entschädigung für den Gaujugenleiter wurde erhöht.

Einstimmig wurde dann Bochum als Tagungsort des nächsten Goutages bestimmt.

Damit war die Tagesordnung des Goutages erschöpft. Kollege B e r t r a m gab dann noch einige geschäftliche Mitteilungen bekannt. Er dankte den Delegierten für die geleistete Arbeit, dem Kollegen Schweinigt, der mit seinem Vortrag einen tiefen Einblick in das Massenwesen gestattete, den Koblenzer Orts- und Bezirkskollegen für die Übernahme des Goutages und die gebotenen Erholungsstunden nach getaner Arbeit. Bezirksvorsitzender N e u erklärte, daß er und mit ihm die Kollegen des Bezirks Koblenz stolz darauf gewesen seien, den Goutag in den Mauern von Koblenz gehabt zu haben. Als letzter Redner dankte dann noch Kollege S c h w e i n i g für die Gastfreundschaft. Der Geist, der in Koblenz herrschte, sei vorbildlich gewesen; er sei gewiß, daß sich die so einmütig gefaßten Beschlüsse fruchtbringend für das fernere Blühen und Gedeihen des Gaus Rheinland-Westfalen wie auch des Verbandes im allgemeinen auswirken werden.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband und den Gau Rheinland-Westfalen, in das alle Anwesenden begeistert einstimmten, schloß Gauvorsitzer B e r t r a m hierauf den Goutag.

...An dieser Stelle sei auch den Kollegen von Koblenz für die gemüßlichen Stunden gedankt, die sie den Teilnehmern am Goutag bereiteten. Berke schon der Begrüßungsabend am Sonnabend im Garten der Städtischen Festhalle in folgehaltiger Weise, so übertrat der Festabend am Sonntag im großen Saal dieser Festhalle alle Erwartungen. Das Koblenzer städtische Orchester und die Kollegengesangsvereine von Koblenz (Dirigent Herr Mitsch) und Neuwied (Dirigent Kollege Schmidt) weiterten in der Darbietung künstlerischer Genüsse. Besonders der Chor „Seil Gutenberg“ von Fleißner (von beiden Gesangsvereinen unter der Leitung des Kollegen Schmidt zu Gehör gebracht), fand stürmischen Beifall. In den Pausen sorgten zwei Mitglieder des Koblenzer Stadttheaters mit Einzel- und Duettvorträgen für angenehme Abwechslung. Die Festrede hielt hier Kollege N e u. Dem Gruß des Verbandsvorstandes an die Erscheinenden überbrachte in launiger Rede Kollege Schweinigt. Er sei der Einladung, nach Koblenz zu kommen, mit Freude gefolgt, um rheinische Gemüchlichkeit und die Schönheiten des herrlichen Stromes kennenzulernen. Die Tage des Aufenthaltes am Rhein bedeuteten für ihn ein Erlebnis. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Verband. Die Grüße des Goutages überbrachte Kollege Bertram, der u. a. auch die Damen aufforderte, dafür zu sorgen, daß die Männer die Veranstaltungen der Organisation besuchen, woraus auch die letzten Endes Nutzen gägen. Mit einem Hoch auf die Damen schloß er seine Ansprache.

Am Montag, nach Schluß des Goutages, boten die Koblenzer den Delegierten einen ganz besonderen Genuß: eine Festschiffahrt auf dem Rhein nach Remagen. Um 5 Uhr fuhr das Schiff „Roland“, reich geschmückt und gut besetzt von den Delegierten und der Kollegenchaft von Koblenz mit ihren Angehörigen, ab. Den Ausblick vom Schiff auf das Deutsche Eck und auf die Festung Ehrenbreitstein werden die Delegierten noch lange in Erinnerung behalten. Erhebende Augenblicke waren es, als das Schiff in Neuwied zur Aufnahme der Neuwieder Kollegengesangsvereine, der von der Landungsbrücke die Ankommenenden begrüßte. Daß auf dem Schiff das eine feuchtfriehliche Stimmung herrschte, braucht wohl nicht besonders betont zu werden; in allen Tonarten wurden die Schönheiten des Rheins besungen. In Remagen angekommen, wurde der Abschiedsoppen getrunken, weil von hier aus viele Delegierte die Heimreise antraten. Die Glücklichen, die mit dem Koblenzer Bezirkskollegen dann wieder mit dem Dampfer nach Koblenz zurückfahren durften, werden noch angenehme Stunden verbüßt haben. In Koblenz bot man den Delegierten Stunden der Erholung, wie sie eben nur am Rhein erlebt werden können. K ö l n a. N. H. M u g u l B o n g a r d.

## Statistik im Dienste der Gewerkschaften

Die Statistik ist eines der wichtigsten Hilfsmittel der Wissenschaft. Durch ihre methodische Anwendung dient sie der Erforschung von Tatsachen, die sonst dem Auge verborgen bleiben würden. Sie mehr nun die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen sich ausdehnten, die Wirtschaftsfäden ineinanderflochten, die soziale Schichtung der Menschheit unübersichtlicher wurde, um so mehr mußte auch die Statistik zur Ausbildung und Geltung kommen. Erst zahlreichere Massenbeobachtungen geben den Menschen einen Überblick über die einzelnen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens und stellen ihre Zusammenhänge mit dem Ganzen dar. Auch in den Gewerkschaften hat die Statistik eine reiche Anwendung gefunden. Aus den einfachsten, primitivsten Anfängen heraus entwickelten die Arbeiterverbände ihre statistischen Erhebungen in ihren Grundlagen und in ihrer Systematik bis zur höchsten wissenschaftlichen Vollendung. In Hinblick auf das 25jährige Bestehen der internationalen Gewerkschaftsverbände scheint es wohl angebracht, auch der statistischen Arbeiten der Gewerkschaften zu gedenken, zumal anerkannt werden muß, daß diese unendlich viel zur Entwicklung der Verbände, besonders aber zum Ausbau ihrer Leistungsfähigkeit beigetragen haben.

Die Erfüllung ihrer ureigensten Aufgabe: Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nötigte die Gewerkschaften schon frühzeitig, zur Begründung von Forderungen an die Arbeitgeber, Erhebungen über die Höhe des Lohnes und die Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen. Obwohl diese Feststellungen anfänglich meist örtlich begrenzt waren, griffen sie doch schon weit über den Mitgliederkreis hinaus, da jede Gewerkschaft bestrebt war, alle Betriebsangehörigen in die Erhebung einzubeziehen, um ihr eine möglichst breite Grundlage zu geben. Damit wurden diese Aufnahmen auch ein gutes Werbemittel für die Gewerkschaften, indem die Nichtorganisierten in Verbindung mit ihrer Berufsorganisation kamen und durch die Beantwortung der gestellten Fragen zum Nachdenken über ihre Lebenslage gebracht wurden, das sie dann in die Reihen ihrer organisierten Kollegen führte. Den älteren Gewerkschaftern ist wohl auch noch in Erinnerung, daß solche Lohn-erhebung meist als die erste Aktion zu einer kurz darauf folgenden Lohnbewegung angesehen wurde. Bald dehnten die Gewerkschaften ihre Erhebungen auch auf gewerbehygienische und soziale Fragen aus, die weit schwerer durchzuführen waren als die Feststellungen über Löhne und Arbeitszeit. Vielfach erhielt durch solche Erhebungen die Öffentlichkeit erst Kenntnis von schreienden Missetänden in Betrieben und der tiefstehenden sozialen Lage vieler Berufsgruppen. Die Erweckung des öffentlichen Bewusstseins durch solche Feststellungen bahnte dann der angestrebten „Besserung der Verhältnisse“ um so leichter den Weg. So haben diese Erhebungen sehr viel zur Bekämpfung der schlimmsten Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung beigetragen.

Eine allgemeine Bedeutung erlangten die Gewerkschaftsstatistiken erst mit der Schaffung von Zentralverbänden, die die Berufsangehörigen des ganzen Landes in einheitlichen Organisationen zusammenfaßten. Ihre Verbreitung in zahlreichen örtlichen Verwaltungsstellen nötigte die Verbände schon aus verwaltungstechnischen Gründen zum Ausbau der Statistik. Nach dem Zusammenfluß der freigewerkschaftlichen Verbände in die frühere „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ wurde von dieser im Jahre 1890 der Versuch unternommen, durch eine besondere Umfrage den Stand der Gewerkschaften im Deutschen Reich zu ermitteln. Diese Erhebung war jedoch nicht die erste ihrer Art. Bereits im Jahre 1877 wurde von Hamburg aus der Versuch gemacht, eine Übersicht über den damaligen Stand der Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Diese Statistik wurde in der Nr. 4 des „Pionier“ vom 26. Januar 1878 veröffentlicht. Die Generalkommission hat die Statistik in der Nr. 30, Jahrgang 1893, des „Korrespondenzblattes“ vollständig wiedergegeben und sich damit ein großes Verdienst um die Erhaltung dieses historischen, aus der Zeit vor dem Sozialistengesetz stammenden Dokuments erworben. Wir erfahren aus dieser Statistik, daß 1877 37 Gewerkschaften sozialistischer Richtung bestanden, darunter 26 Zentralvereinigungen, die an etwa 1300 Orten zusammen rund 50 000 Mitglieder hatten. Die Zahl der Mitglieder der Strich-Dunderstehen Gewerkschaften wird dagegen auf 25 000 angegeben.

Die Ergebnisse der von der Generalkommission erstmalig aufgenommenen Organisationsstatistik wurden in der Nr. 28 des „Korrespondenzblattes“, Jahrgang 1891, veröffentlicht. Sie wiesen 63 Zentralverbände und 5 Gewerkschaften mit einem Vertrauensmännerstystem auf. Die ersteren hatten in 3150 Orten zusammen 227 733 und die letzteren in 712 Orten zusammen 73 467 Mitglieder. Diese Erhebung leitete die vom Jahre 1891 ab aufgenommenen alljährlichen Statistiken über „Die Stärke und Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften“ ein. Mit dem ihm eignen organisatorischen Blick hatte Karl Legien, der Vorsitzende der früheren Generalkommission, auch die erzieherische Seite der Statistik erkannt. Für ihn war die Statistik nicht allein ein Mittel zur Feststellung von Tatsachen, sondern sie sollte auch dazu beitragen, Mängel der Gewerkschaften aufzuzeigen und sie zum Ausbau ihrer Einrichtungen und Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit zu veranlassen. Dieser Gedankengang Legiens tritt bei seinen späteren Besprechungen der Statistiken immer wieder hervor. So wurden diese den



Gewerkschaften auch treue Wegweiser auf dem Wege zur wirtschaftlichen Macht. Heute blicken wir mit Genugtuung auf eine 33jährige Entwicklungszeit der Verbandsstatistik zurück, die uns eine geschichtliche Übersicht über das Werden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt. Bei dem Blick über diese Zahlenreihen wird sich die jüngere Gewerkschaftsgeneration kaum bewußt werden, mit welch großer Ausdauer und mit welch großem Fleiß gearbeitet werden mußte, um der Verbandsstatistik des ADGB, die hervorragende Stelle zu geben, die sie heute einnimmt.

Bald nach seiner Bestellung als internationaler Sekretär der Gewerkschaften bemühte sich Legien auch um die Gewinnung einer zahlenmäßigen, vergleichbaren Übersicht über die Stärke der Gewerkschaften in den dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Ländern. Da bei den einzelnen Nationen die Grundlagen, Einrichtungen und Methoden der Gewerkschaften sehr voneinander abwichen und hierzu noch die Verschiedenartigkeit der Sprache und der Währung kommen, so ist es ungemein schwierig, zu einer streng vergleichbaren internationalen Statistik zu gelangen. Durch die Ausgabe einheitlicher Fragebogen zur Beantwortung für alle gewerkschaftlichen Landeszentralen sollte dieses Ziel, soweit es überhaupt möglich ist, erreicht werden. Die Erhebungen setzten mit dem Jahre 1904 ein und wurden sodann fortlaufend alljährlich vorgenommen. Leider wurde die Entwicklungsreihe durch den Krieg unterbrochen. Die letzte in Deutschland ausgegebene internationale Gewerkschaftsstatistik bringt den Stand der Gewerkschaften im Jahre 1912 zur Darstellung. Die Übersichten hatten bis dahin bereits einen hohen Stand erreicht und gewährten einen guten Überblick über die gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse in den einzelnen Ländern. Die Herausgabe dieser internationalen Berichte in den drei Hauptsprachen, Englisch, Französisch und Deutsch, sicherte ihnen eine gute Verbreitung. Nach dem Kriege wurden die internationalen Statistiken vom dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam wieder aufgenommen.

Neben der Verbandsstatistik werden vom Vorstand des ADGB, alljährlich Erhebungen über den Stand der Ortsauschüsse, ihre Einrichtungen und ihre Kasseneubung unternommen. Sie erschließen dem Auge das Gebiet einer ungemein wichtigen und vielseitigen örtlichen Tätigkeit der Gewerkschaften. Für die Festlegung des organisatorischen Aufbaues des ADGB, erweisen sich gerade diese Statistiken als durchaus notwendig, obson ihre Bearbeitung einen erheblichen Aufwand an Arbeitsleistung beansprucht.

Einen breiten Raum innerhalb der gewerkschaftlichen Statistiken nehmen die Feststellungen über die Zahl, den Anfang und die Resultate der von den Gewerkschaften geführten wirtschaftlichen Bewegungen und Arbeitskämpfe ein. Da Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Herabsetzung der Arbeitszeit, von Verschlechterungen die hauptsächlichste Aufgabe der Gewerkschaften ist, so legt natürlich der Verband großen Wert auf die statistische Zusammenfassung der von ihm geführten Bewegungen. Schon frühzeitig wandte sich die frühere Generalkommission auf diesem statistischen Gebiet zu. Der erste Versuch, eine Gesamtschau über alle von den Gewerkschaften geführten Arbeitskämpfe zu erhalten, wurde für die Jahre 1890 und 1891 unternommen. Im Jahre 1905 wurden diese Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt. Die Grundlage der Statistik „der Lohnbewegungen, Streiks und Ausparierungen“ bildet die Berichterstattung der Verwaltungsverhältnisse der Verbände über die Bewegungen, die in ihrem Bereich ohne und mit Arbeitseinstellung stattgefunden haben. Um die Einheitlichkeit dieser Berichterstattung zu gewährleisten, werden für diese vom ADGB, für die Verwaltungsverhältnisse seiner angeschlossenen Verbände von einer besonderen Kommission für Statistik ausgearbeitete Formulare herausgegeben. Nach diesen Berichten werden in der Zentralbureau die Bewegungen und Arbeitskämpfe registriert und die Ergebnisse am Schlusse des Jahres zusammengezogen.

In engster Verbindung mit der Statistik der wirtschaftlichen Bewegungen steht die Berichterstattung der Gewerkschaften zu der amtlichen Statistik der „Tarifverträge im Deutschen Reich“. Über jeden neuen Tarifabschluß oder jeden Nachtrag zu einem bestehenden Vertrage ist der Reichsarbeitsverwaltung auf besonderen dazu herausgegebenen Zählblättern zu berichten und derselben am Schlusse des Jahres eine Zusammenstellung der Tarifverträge zu liefern. Die Ergebnisse der Tarifstatistik werden in Sonderheften zum „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht. Hierbei sei auch erwähnt, daß dem gleichen Amte von den Gewerkschaften über die Zahl der arbeitslosen und verlornt arbeitenden Mitglieder am Ende eines jeden Monats berichtet wird. Diese Zählungen bafieren gleichfalls auf besonderem amtlichen Zählmaterial. Ihre Durchführung setzt eine sehr exakte Berichterstattung der Verwaltungsverhältnisse voraus. Die Ergebnisse finden zur Beleuchtung des Beschäftigungszustandes Verwendung, sie bilden ein wesentliches Hilfsmittel zur Beurteilung des Verkaufes wirtschaftlicher Konjunkturschwankungen. In diesen amtlichen Statistiken sind nicht nur die im ADGB, vereinigten Verbände, sondern auch die Gewerkschaften der übrigen Organisations-einrichtungen beteiligt.

Eine seit dem Jahre 1919 vom Vorstand des ADGB, laufend geführte Statistik über die Höhe der tariflichen Zeittöhne kann als der jüngste Zweig der allgemeinen Gewerkschaftsstatistik bezeichnet werden. Durch diese Statistik soll die Entwicklung der Löhne beobachtet und den Verbänden Material zur Betreibung ihrer Lohnpolitik gegeben

werden. Sie weist die Spitzenlöhne männlicher Vollarbeiter von 44 und die weiblicher Vollarbeiter von 15 Berufen für 48 Orte aus. In bestimmten Zeitabschnitten — bis Ende 1925 vierteljährlich, jetzt halbjährlich — wird der jeweilige Stand der Löhne tabellarisch in der „Gewerkschafts-Zeitung“ bekanntgegeben. Für schnellsten Information der Verbandsfunktionäre über eingetretene Lohnänderungen werden besondere monatliche Übersichten mit einer eingeschränkten Zahl vom Bundesvorstand herausgegeben.

Die Erfüllung der statistischen Aufgaben der Gewerkschaften, die im Rahmen einer kurzen Darstellung nur allgemein umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden können, erheischen eine unendliche Fülle von Registrier- und Schreibarbeit in den örtlichen und zentralen Verwaltungsverstellen. Ihre Leitung erfordert hohe geistige Eigenschaften und Sinn für strenge Systematik. In den größeren Gewerkschaften sind im Laufe der Jahre zur Erledigung der statistischen Arbeiten besondere statistische Abteilungen entstanden, die zahlreiche Arbeitskräfte beanspruchen. Zum mindesten sind in den Verwaltungsverstellen mittlerer Verbände bestimmte Angestellte mit der Erledigung statistischer Arbeiten betraut, da von Personen, die noch mit anderen Obliegenheiten befaßt sind, die statistischen Arbeiten nicht mehr ausreichend wahrgenommen werden können. Erfordern diese doch nicht nur eine Konzentration der Gedanken, auf eine bestimmte Aufgabe, sondern auch Promptheit in der Erledigung, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen. Die Früchte aller dieser Arbeiten treten hervor in einer reichen Fülle statistischen Materials, das in den Geschäftsübersichten, Jahrbüchern usw. der Verbände niedergelegt ist. Soweit die hier erwähnten allgemeinen Statistiken in Frage kommen, sei hier besonders auf die Jahrbücher des ADGB, hingewiesen. Das Jahrbuch für 1925 enthält außerdem die Hauptergebnisse einer einmaligen Lohnerhebung, von der 145 000 Lohnempfänger erfaßt wurden, die sicherlich eine große Beachtung finden dürfte. Das weitreichende Gebiet der gewerkschaftlichen Statistik kann in einer kurzen Darstellung nur umrissen, nicht aber erschöpfend behandelt werden. Das Studium ihrer Entwicklung zeigt uns ihre große Bedeutung für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse.

### Der 57. englische Gewerkschaftskongress

Wir Deutsche haben nie ein Fehl daraus gemacht, den Wert der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis von den Engländern gelernt zu haben. Der erste englische Gewerkschaftskongress, der 1868 in Manchester zusammentrat, tagte in einer Zeit, wo man in Deutschland noch wenig oder gar nichts von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation kannte. Als hier, junge, Hesperuskommissionen, Führung des unergiebigen Karl Legien im Jahre 1892 den ersten Gewerkschaftskongress einberief, entstanden große Mißverständnisse, und in Arbeiterkreisen debattierte man darüber, ob wohl die Notwendigkeit eines solchen Kongresses bestände, da man doch die Kongresse der sozialdemokratischen Partei habe. Und 1893 bezweifelste August Bebel es noch, ob es der deutschen Gewerkschaftsbewegung jemals gelingen werde, bis auf eine Million Mitglieder zu kommen. In jener Zeit gab es in England schon 1293 Gewerkschaftsverbände mit einer Mitgliederzahl von 1 1/2 Millionen.

Seit dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress hat die gewerkschaftliche Organisation einen riefenhaften Aufschwung genommen, und ohne Übertreibung darf gesagt werden: Sie hat die englische Gewerkschaftsbewegung auf gar manchen Gebieten überflügelt. In England spricht man von einer Krise des Tradeunionismus, und auch der letzte, vom 6. bis 11. September in Bourne-mouth abgehaltene Kongress der englischen Gewerkschaften war nicht in der Lage, eine Lösung für die sich aufdringenden brennenden Fragen zu finden.

Diese letzte Tagung trat unter wenig günstigen Verhältnissen zusammen und den Verhandlungsmöglichkeiten waren in gar mancher Hinsicht Schranken gezogen. Am drückendsten lag die Last des zwanzigwöchigen Niesenkampfes der Bergarbeiter auf dem Kongress, ohne daß die Möglichkeit bestand, in der einen oder andern Form einzugreifen.

Drei Fragen waren es vor allem, die diesem Kongress das Gepräge gaben: Die Organisationsform; der Generalkongress; die Frage der Masterweiterung des Generalkrats. Schon der Kongress von Scarborough hatte den Generalkrat beauftragt, eine Vorstandskonferenz einzuberufen zur Durchberatung von Punkt 1 und 3, um diesem Kongress geeignete Vorschläge über die aufgeworfenen Probleme machen zu können. Der Bergarbeiterkampf und der große Sympathiestreik vom Mai veränderten die Ausführung der Aufträge, so daß dieser Kongress nicht in der Lage war, Richtlinien aufzustellen. Auch bestand nicht die Möglichkeit, die Lehren aus dem Sympathiestreik zu ziehen, da der Generalkrat mit der Exekutive der Bergarbeiter die Vereinbarung getroffen hatte, während der Dauer des Bergarbeiterkampfes über diese Dinge nicht zu sprechen. Die Freunde von links, die nur sehr schwach auf diesem Kongress vertreten waren, verlustigten wohl wiederholt die eingegangene Vereinbarung zu durchbrechen, was aber an der Disziplin der Mehrheit und der Besonnenheit des Vorsitzenden scheiterte. Auch erklärte Cook, der Sekretär der Bergarbeiter, der doch allgemein als Anhänger der „linken Richtung“ gilt: es würde den kämpfenden Bergarbeitern zum Schaden gereichen, wollte man in eine Aussprache über den großen Streik ein-

treten. So blieb es dem Kongress, wie bemerkt, ver sagt, bindende Beschlüsse zu fassen. War so dem Kongress die Möglichkeit zu einer grundsätzlichen Stellungnahme zum Problem des Generalkrats genommen, was vom Standpunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung aus bebauert werden muß, so wurde doch genug zur Klärung der aufgeworfenen Fragen zutage gefördert.

Zusammenfassend wäre zu sagen: Zur Frage der Mastererweiterung des Generalkrats stand folgende Entschloßung zur Debatte: „In Anbetracht dessen, daß der Generalkrat am 4. Februar 1926 seinen Entschluß bekannt gab, worin es hieß, daß die Masterbefugnisse des Generalkrats im Augenblick größerer Streitgefahr so ausreichend seien, als unter den gegebenen Verhältnissen erwartet werden könne“, beauftragt der Kongress den Generalkrat, das ganze Problem einer neuerlichen gründlichen Untersuchung zu unterziehen und dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten. Die Untersuchung soll sich vor allem mit folgenden Fragen befassen: a) Übernahme der Oberleitung im Falle einer Gewerkschaft oder Vereinigung von Gewerkschaften im Begriff einer Streikbewegung steht zur Verbesserung der Lebenslage oder zur Verteidigung bereits bestehender Lohn- und Arbeitsbedingungen. b) Die Vollmacht zur Erhebung von Extraditionen. c) Die Vollmacht zur Eröffnung eines vollen oder teilweisen Generalkrats. d) Untersuchung der Voraussetzungen, die zu einer solchen Aktion notwendig sind: 1. Welche Vorkehrungen getroffen werden müssen für solche Gewerkschaften, die auf Grund ihrer Statuten zuerst ihre Mitglieder befragen müssen. 2. Die Frage der Kündigung bestehender Tarifverträge. e) Die Frage des Aufgabentreffes der Ortsauschüsse im Falle eines solchen Streiks, wie auch eventuell Vertretung beim Kongress und im Generalkrat. f) Die Beziehungen zwischen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung in Hinblick darauf, daß letztere im Falle eines Generalkrats die Lebensmittelferzeugung zu übernehmen habe.“ Zur Verteidigung seines Standpunktes erklärte der Antragsteller u. a.: „Zum Teufel mit den bestehenden Tarifverträgen in den Augenblick, wenn es gilt, zum Schlag auszuholen.“ Ein Abänderungsantrag erklärte jede weitere Untersuchung für Zeitverschwendung und verlangte, die im Antrage spezifizierten Vollmachten sofort dem Generalkrat zu übertragen, „da die Zeit für einen solchen Schritt reif ist.“

Die Vertreter der großen Gewerkschaften, wie der Bergarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter, lehnten sowohl den Antrag wie den Abänderungsantrag als Utopie und unverantwortliche Experimentiererei ab.

E. Bevin von den Bergarbeitern bemerkte, es sei auf fallend, daß solche Anträge von Organisationen kämen, die im Falle der Kampferklärung nicht ausgerufen würden. Gerade die Gewerkschaften, die den Löwenanteil im letzten Kampfe zu tragen hatten, entschieden sich dafingehend, nichts zu unternehmen, bis die beantragte Vorstandskonferenz gelöst habe. Diese Resolution wurde zuletzt in den aufgerollten Fragen Stellung nehmen müssen. Das Schlimme bei diesen allgemeinen Debatten sei, man rede gewöhnlich darüber, wie die Leute aus den Betrieben herausgeholt werden sollen, vergesse aber das Problem der Wiedereinstellung. Sowohl der Vertreter der Bergarbeiter wie der Fabrikarbeiter erzählte von der wirklich schwierigen Lage, die man nach Beendigung des Streiks vorfand.

E. T. Cramp von den Eisenbahnern ist gegen jede Masterweiterung für den Generalkrat, wie er sich auch unumwunden gegen die Waffe des Generalkrats wandte sowie gegen die „moderater und veraltete Vorstellungs“ bestimmter Leute, die da glauben, durch diese Waffe die Übel dieser Welt bannen zu können. Clynes von den Fabrikarbeitern wandte sich gegen die Anträge und nannte den Sympathiestreik vom Mai ein teures Abenteuer. Wollte man dem Generalkrat die verlangten Vollmachten geben, warum beständen dann noch immer mehr als 1100 verschiedene Verbände?

Für die Anträge sprachen außer den Antragstellern die Bergarbeiter, Eisenbahner sowie die Vertreter der Wägelanstalten. Zum Schluß wurden beide Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zur Frage der Organisation lag hauptsächlich die Entschloßung der Fabrikarbeiter zur Gewerkschaftseinheit vor. Verlangt wird die Schaffung eines Einheitsverbandes. Es ist nicht recht ersichtlich, was mit einer solchen Entschloßung gemacht werden soll. Vom Standpunkt der Fabrikarbeiter scheint ja der im Antrage begründete Gedankengang verständlich: man agitiert dafür, daß alle Fabrikarbeiterorganisationen in einem Verbande aufgehen. Anders wird aber die Sache, richtet man einen Appell an die gesamte Gewerkschaftswelt zur Schaffung eines Einheitsverbandes. Dufes begründete den Antrag seines Verbandes mit folgenden Argumenten: „Die Befürworter des Systems der Industrieverbände glauben durch diese Form eine wissenschaftliche Grundlage der Organisation gefunden zu haben, was ich bestritte. Kein Delegierter sei in der Lage, eine Industrie genau zu umfassen, geschweize denn, sich einen Gedanken über die Ausdehnungsmöglichkeit einer Industrie zu machen.“ Vor mir,“ sagte der Redner, „habe ich den Prospekt eines Buches von Henry Ford — der unter den Kapitalisten mindestens als Leuchte dastehet —, und er informiert den Leser, die Firma werde von 42 verschiedenen Industrien kontrolliert. Könnte man nun besser mit einer solchen Firma verhandeln, wenn es 42 Industrieverbände gäbe?“ Man wird zugeben, daß die Beweisführung hinkt. 42 Industrieverbände wären immerhin besser als 1100 Berufsverbände verschiedenster Art. Ein Abänderungsantrag verlangt die Schaffung von Industrieverbänden. T. Naylor, Generalk-

sekretär der Buchdrucker, der zu den beliebtesten Rednern des Kongresses gehört, war nicht nur Gegner der Entschärfung, sondern auch des Systems der Industrieverbände. Nach seiner Meinung bestehen auch über diese Organisationsform große Unklarheiten. Der Bericht des Generalkrats für 1925 zeige, daß die Vertreter dieser Idee nicht einzig über die zu wählende Form sind. Dann fällt er auch an dem Gedanken fest, daß Massenforderungen der Gewerkschaften von den Unternehmern mit härteren Gegenmaßnahmen beantwortet würden. Der Redner war schließlich dafür, von festen Beschäftigten so lange Abstand zu nehmen, bis der Generalkrat die projektierte Vorstandskonferenz einberufen und gemeinsam mit den Hauptvorständen brauchbare Vorschläge ausgearbeitet habe.

Wie im vergangenen Jahre, so spielte auch diesmal die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit eine Rolle auf diesem Kongress. Es zeigte sich aber recht deutlich, daß der Generalkrat sich von den Russen nicht als Wertzeug zur Zerstörung der internationalen Gewerkschaftseinheit benutzen lassen will. Im sogenannten russisch-englischen Einheitskomitee sind große Mißverständnisse entstanden und es scheint, daß dieser Spalt ein unheilvolles Ende nehmen wird. Der Führer der russischen Gewerkschaftszentrale, Tomski, hat, weil ihm die Regierung die Einreise verweigerte und er deshalb verhindert war, dem Kongress als Gast beizuwohnen, ein spaßvolles Telegramm an den Kongress geschickt, das eine einzigartige Beschimpfung des Generalkrats und einzelner seiner Mitglieder enthält. Das Telegramm wirkte äußerst abstoßend. Es hat sich die Ansicht durchgesetzt, daß die russischen Volkswirtschaftler zu keinem Interesse an einer wirklich einigten Arbeiterklasse haben. Trotzdem beschloß der Kongress mit großer Mehrheit, an dem Ziele, der Spaltung der Arbeiterklasse ein Ende zu machen, weiter zu arbeiten. Allerdings erklärte Purcell vom Generalkrat, zu dem die Kommunisten noch bis vor kurzem hoffnungsvoll emporblickten, kurz und bündig: Wollte man in diesem Augenblick einen gemeinschaftlichen Kongress zwischen Moskau und Amsterdam in die Wege leiten, so könne das nur mit einer Katastrophe enden. Trotz allem muß zu Schutz und Trutz der Arbeiterklasse gemüht werden, daß bald die Stunde der Einheit schlagen möge. In diesem Sinne sind auch die Anstrengungen der englischen Gewerkschaften zu begrüßen.

Röln.

B. Weingartz.

### Sozialpolitik und bürgerliches Recht

#### Die Tätigkeit des Reichsversicherungsamtes im Jahre 1925

In Nr. 3 der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ wird der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für das Jahr 1925 veröffentlicht.

Zur Erläuterung sei vorweg bemerkt, daß das Reichsversicherungsamt eine selbständige Reichsbehörde ist und die Geschäfte der Reichsversicherung als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrnimmt. In Bayern, Sachsen und Baden tritt an die Stelle des Reichsversicherungsamtes das Landesversicherungsamt, soweit es die Reichsversicherungsordnung vorschreibt. Das Reichsversicherungsamt besteht aus ständigen und nichtständigen Mitgliedern. Der Reichspräsident ernannt den Präsidenten und die übrigen ständigen Mitglieder auf Vorschlag des Reichsrats auf Lebenszeit. Aus den ständigen Mitgliedern ernannt er ferner die Direktoren und die Senatspräsidenten. Das Reichsversicherungsamt hat weiter 32 nichtständige Mitglieder. Acht von ihnen wählt der Reichsrat, und zwar mindestens sechs aus seiner Mitte; je zwölf werden als Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten gewählt. Die 12 Arbeitgeber werden von den Arbeitgebermitgliedern, die 12 Versicherten von den Versichertenmitgliedern in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten und in den entsprechenden Vertretungen der Sonderanstalten mit Ausnahme des Knappschaftsvereins nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Zu den 32 nichtständigen Mitgliedern treten 12 Mitglieder aus Versicherten und Arbeitgeber der Angestelltenversicherung, ferner zwei vom Reichsrat gewählte nichtständige Mitglieder, die in die Senate für Angestelltenversicherung eintreten. Für die Knappschaftsversicherung ist ein besonderer Knappschaftssenat gebildet.

Aus dem Abschnitt „Allgemeines“ des Geschäftsberichts ergibt sich, daß am Schluß des Berichtsjahres an Beamten vorhanden waren: der Präsident, zwei Direktoren, 10 Senatspräsidenten und 20 sonstige ständige Mitglieder. Zwei höhere Beamte wurden als Hilfsarbeiter beschäftigt. Die Zahl der richterlichen Beisitzer betrug 19. Das übrige festangestellte Beamtenpersonal bestand aus 99 Personen. In den monatlich erscheinenden „Amtlichen Nachrichten“ werden wichtige Entscheidungen aus der Spruch- und Verwaltungspraxis veröffentlicht. Außerdem wird von Mitgliedern des Amtes eine Sammlung „Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes“ herausgegeben. Auszugsweise gelangen auch die Jahresberichte der gewerblichen Berufsgenossenschaften über die Durchführung der Unfallversicherung zur Veröffentlichung. Gemeinsam mit der Reichsarbeitsverwaltung wird dann noch allmonatlich ein Sonderheft des „Reichsarbeitsblattes“ unter dem Namen „Arbeiterchutz, Unfallverhütung, Gewerbehygiene“ herausgegeben, das auch für sich allein im Buchhandel bezogen werden kann. Zweck dieser Zeitschrift ist, durch vollständig gefasste Aufsätze mit geeigneten Abbildungen Arbeitnehmer und Arbeitgeber für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zu gewinnen.

Singewiesen wird sodann im Bericht auf die Fülle von Arbeit, die den Versicherungssträgern durch die Umrechnung der alten Renten aus der Unfallversicherung nach dem Gesetz vom 14. Juli 1925 entstanden ist. Der Stand der Umrechnung wurde laufend überwacht und einige stämmige Berufsgenossenschaften zur Beschleunigung der Umrechnungsarbeiten angehalten. Insgesamt waren bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 390 000 und bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 303 000 Renten umzurechnen. Hierzu waren bis Ende 1925 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 328 000, bei den landwirtschaftlichen 240 000 Renten umgerechnet.

Bis Ende 1925 befanden 15 von den Trägern der Unfall-, Kranken- und der Invalidenversicherung je eines Bezirks einer Landesversicherungsanstalt unter Mitwirkung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gebildete Arbeitsgemeinschaften, und zwar in den Bezirken Berlin, Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz, Freistaat Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Oldenburg und Sachsen-Anhalt.

Der Bericht geht dann zu den einzelnen Versicherungsweigen über, aus denen wir nur einiges Wichtiges wiedergeben wollen.

**Unfallversicherung.** Im Berichtsjahre bestanden 66 gewerbliche und 45 land- und forstwirtschaftliche, insgesamt 111 Berufsgenossenschaften, ferner 162 Ausführungsbehörden für Betriebe des Reiches und der Länder und 336 Provinzial- und gemeindliche, zusammen 498 Ausführungsbehörden.

Nach den neuesten Feststellungen unterlagen der Versicherung bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 794 928 Betriebe mit 9 969 766 versicherten Personen, bei den land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften 4 614 296 Betriebe mit 14 232 448 versicherten Personen, zusammen 5 409 224 Betriebe mit 24 202 214 versicherten Personen. Mit den bei den Ausführungsbehörden versicherten 857 922 Personen waren über 25 Millionen Personen gegen Unfall versichert. Die im Jahre 1925 geleisteten Entschädigungen (Renten usw.) betragen nach einer vorläufigen Schätzung rund 165 Millionen Reichsmark.

Mitgeteilt wird weiter, daß die Deutsche Buchdrucker-Berufsgenossenschaft am 1. Januar 1926 eine Haftpflicht-Versicherungsanstalt eröffnet hat.

Von 66 gewerblichen Berufsgenossenschaften beschäftigten Ende des Berichtsjahres 64 insgesamt 392 technische Aufsichtsbearbeiter. Die zwölf Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaften hatten 108 technische Aufsichtsbearbeiter, die land- und forstwirtschaftlichen 91. Die 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei denen technische Aufsichtsbearbeiter angestellt sind, weisen 38 669 Prüfungstage nach; es entfallen 34 306 $\frac{1}{2}$  Tage auf Betriebsbeschäftigungen, 1456 $\frac{1}{2}$  Tage auf Lohnbuchprüfungen und 240 $\frac{1}{2}$  Tage auf andere Dienstgeschäfte. Bei den Bau- und Tiefbau-Berufsgenossenschaften sind 145 341 Beschäftigungen ausgeführt. Bei den übrigen sind von 580 254 Betrieben 107 594 beschäftigt worden. Gegenüber dem Vorjahre, das einen Rückgang gegenüber 1923 aufwies, ist eine erhöhte Revisionsstätigkeit erkennbar.

Durch das zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 sind die Vorschriften über die Unfallverhütung wesentlich erweitert. Danach sind die Berufsgenossenschaften in Zukunft nicht nur zu dem Erlaß und der Durchführung von Unfallverhütungsvorschriften, sondern auch dazu verpflichtet, die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und zur Gewährung wirksamer erster Hilfe für die Unfallverletzten zu treffen, die nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich sind. Als solche Maßnahmen kommen in Betracht neben dem Erlaß und der Durchführung der erforderlichen Vorschriften z. B. die Belagerung der Versicherten, der Meister und Unternehmer über das Wesen und den Wert der Unfallverhütung durch Wort, Schrift und Bild, Förderung der Lehre der Unfallverhütung an Schulen jeder Art usw., Abhaltung von Betriebshefterkuren, Schaffung neuer und Unterhaltung vorhandener Rettungseinrichtungen, Abkommen mit Krankenkassen usw. Durch Unterbrechung sind die Berufsgenossenschaften aufgefordert, ihre Unfallverhütungsvorschriften im Hinblick auf die neuen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu prüfen und dabei auch die Verordnung vom 12. Mai 1925 über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten zu berücksichtigen.

Zu dem durch Artikel 43 des Zweiten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juli 1925 neu geschaffenen § 875 Absatz 4 hat das Reichsversicherungsamt nach Anhörung der Verbände der Berufsgenossenschaften sowie der beteiligten Arbeitnehmerorganisationen Ausführungsbestimmungen erlassen über das Zusammenarbeiten der technischen Aufsichtsbearbeiter mit den Betriebsvertretern und die Berufsgenossenschaften angewiesen, die nach § 66 Ziffer 8 des Betriebsrätegesetzes berufenen gesetzlichen Betriebsvertretungen und die nach den Unfallverhütungsvorschriften gewählten Unfallvertrauensmänner zu den Betriebsbeschäftigungen heranzuziehen.

Kurufe und Anträge wurden abhängig im Jahre 1925 3171, gegen 2033 im Jahre 1924. Von diesen wurden 1865 erledigt.

**Invalidenversicherung.** Nach den vierteljährlichen Nachweisungen der Versicherungssträger wurden im Jahre 1925 insgesamt 355 051 Renten bewilligt, und zwar 260 128 Invalidenrenten, 55 011 Witwen(Witwer-)renten und 39 912 Waisenrenten (Renten von Waisenfamilien).

Einschließlich der Renten, die noch unter dem Namen ehemaliger deutscher Versicherungssträger gezahlt wurden, liefen am 31. Dezember 1925 insgesamt 1 529 097 Invalidenrenten, 29 481 Krankenrenten, 89 462 Altersrenten, 233 404 Witwen(Witwer-)renten, 3441 Witwenkassenrenten und 597 694 Waisenrenten (Renten von Waisenfamilien), im ganzen also 2 482 579 Renten.

In reichsgesetzlichen Leistungen sind im Jahre 1925 für sämtliche Versicherungssträger durch die Deutsche Reichspost rund 523,2 Millionen Reichsmark verausgabt worden. Die ohne Vermittlung der Post gezahlten Beträge werden auf rund 24,9 Millionen geschätzt. Im Jahre 1924 zahlte die Post rund 335 651 000 Reichsmark aus. Der Kampf gegen die Volksleiden, sagt der Bericht, insbesondere gegen die Lungentuberkulose, wurde von den Versicherungsanstalten weitergeführt. Zunehmend haben sie ihr Augenmerk auf die in vorderster Linie stehende Frage des Schutzes der von der Lungentuberkulose besonders gefährdeten Jugendlichen gerichtet. Der Wiederaufbau der Fürsorgestellen wurde erfolgreich weitergeführt. Die Zahl der Beratungsstellen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat nahezu den früheren Stand wieder erreicht.

In der Invalidenversicherung sind 1925 eingegangen 3057 Revisionen, gegen 1714 im Jahre 1924. Das Rechtsmittel legten ein in 2582 Fällen Versicherte. Von den 2536 erledigten Revisionen waren nur 13 für die Versicherten erfolgreich. 392 Revisionen der Versicherten wurden an die Vorinstanz zurückverwiesen.

**Krankenversicherung.** In der Krankenversicherung stehen dem Reichsversicherungsamt keine unmittelbaren Aufsichtsbefugnisse zu. Es entscheidet vielmehr in Aufsichtssachen nur als weitere Beschwerdeinstanz. Auch die Statistik der Krankenversicherung liegt nicht ihm, sondern dem Statistischen Reichsamt ob.

Aus den ergangenen Entschädigungen seien einige hier angeführt: 1. Eine Gemeinde ist nicht berechtigt, der Krankentasse die Versicherung nur eines Teiles der von ihr zu unterliegenden Erwerbslosen, z. B. der verheirateten Erwerbslosen, zu übertragen. 2. Kassennittel dürfen grundsätzlich für die Einberufung von Versammelungen der Kassennmitglieder oder der beteiligten Arbeitgeber nicht verwendet werden. 3. Ein Anspruch auf Familienhilfe besteht dann nicht, wenn der Familienangehörige auf Grund desselben Krankheitsfalles bereits aus eigener Versicherung Kasseneleistungen bis zur gesetzlichen oder satzungsgemäßen Höchstdauer erhalten hat. 4. Das Versicherungsverhältnis eines von der Gemeinde bei der Krankentasse auf Grund der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ordnungsmäßig angemeldeten Erwerbslosen endet regelmäßig mit dem Wegfall der Erwerbslosenunterstützung; die Abmeldung berührt die Dauer des Versicherungsverhältnisses nicht. P. Lo.

### Korrespondenzen

**Breslau.** Nach einer Ehrung dreier Verstorbener stand die Besammlung am 31. August im Zeichen materiellen Kampfes. Hatte doch der Rührer alle Mühe, einen Antrag durchzubringen, den das Verantwortlichkeitsgefühl der Klasse gegenüber gebieterisch verlangte, sollte nicht in Zukunft mit Interbilanz gearbeitet werden. Mit großer Mehrheit wurde dann der Antrag „Erhöhung des Beitrags und Wegfall des Krankenzuschusses“ der Urabstimmung überwiegen. Daraus war ein Antrag, hiermit bis zur Generalsammlung im März zu warten, abgewehrt. Ferner erklärte sich der Gauvorstand bereit, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksvorsteherkonferenz, den englischen Bergarbeitern aus Gaumitteln sofort 750 M. zu überreichen. Der Ortsverein fügte dieser Summe den Betrag von 250 M. hinzu, so daß insgesamt 1000 M. als sofortige Hilfe überwiesen werden konnten. — Ein übles Kapitel mußte noch angeschnitten werden. Es gibt leider noch immer Kollegen, die sich nicht schämen, Übertrugen in größerer Anzahl wöchentlich zu leisten, obwohl Arbeitslose aller Sparten in großer Anzahl auf dem Arbeitsnachweis eingetragen sind. Vielleicht veranlaßt dieser Appell manchen von denen, die nicht „genug kriegen“, der hungierenden Kollegen zu denken. — Der hier errichteten „Vorwärts“-Bäckerei wurde Erwähnung getan und die Kollegen erneut auf die Konsumbewegung hingewiesen, ebenso auf die neu gegründete Feuerversicherung der Volksfürsorge.

**Röln.** (Heinrich-Westfälischer Korrektorenverein.) Am 2. Juli erstattete Kollege Starck der Kölner Ortsgruppe des Korrektorenvereins Bericht über den letzten Korrektorentag. Er gab in kurzen Strichen ein Bild über die Verhandlungen, mit deren Ergebnis, besonders auf tariflichem Gebiete, die Verammetten nicht zufrieden waren. Die Stellungnahme des Verbandsvorstandes wie des Verbandstages zu den Korrektorenforderungen könne man nicht begreifen. Das Zusammenarbeiten des Rheinisch-Westfälischen Korrektorenvereins mit der Zentralkommission in Berlin scheint besonders getrübt seit dem Antrag, der von Köln zum fünften Korrektorentag in Hamburg gestellt wurde. — Die Korrektorengruppe Düsseldorf hatte die Kollegen Rheinlands und Westfalens zu einer Tagung am 1. August eingeladen, auf der ebenfalls der Vorsitzende des Korrektorengauvereins, Kollege Starck, einen Bericht über den Korrektorentag gab. Außer Düsseldorf und Köln waren Eberfeld und Bochum vertreten sowie die wieder zum Leben erwachte Ortsgruppe Gießen. Die Aussprache brachte das gleiche Ergebnis wie in Köln. — Am 23. August sprach Kollege Sahmann (Dresden) vor den Kölner Kollegen. Die schwach besetzte Versammlung folgte aufmerksam seinen interessanten Ausführungen. Leider fehlten gerade die Kollegen, die aus den warm empfundenen Worten des Redners den meisten Nutzen und die richtigen Schritte hätten ziehen können. Doch auch die sich daran antizipierende Aussprache bewegte sich



in den gleichen Bahnen wie die der beiden andern Versammlungen.

Kreislauf. Unsere Monatsversammlung, die am 21. August stattfand, hätte besser besucht sein können. Vorsitzender Meurer richtete einen dringenden Appell an die Kollegen... Der erste Punkt, aus dem besonders erwähnenswert eine Geldspende für die streikenden englischen Bergarbeiter ist, fand schnelle Erledigung.

Landshut i. Bayern. (Drucker.) Am 29. August fand hier die Bezirksversammlung des Bezirks Freising-Landshut statt. Die Drucker von Freising waren fast vollständig erschienen. Kollege Köhler (München) gab den Bericht über den Berliner Druckertag.

K. Mainz. In der Bezirksversammlung am 29. August gedachte Bezirksvorsitzender Meyrich vor Eintritt in die Tagesordnung der verstorbenen Kollegen Fritz Krey und Albert Mehlner, ebenso des bei dem Eisenbahnunglück bei Hannover ums Leben gekommenen Reichs- und Staatskommissars Kollegen Wehlich mit warmen Worten.

Oberhausen (Kfhd.). In der am 14. August tagenden Monatsversammlung wurde unter anderem von mehreren Rednern scharfe Kritik an der Verlängerung des Lohnabkommens geübt. Die sehr gut besuchte Versammlung forderte die Gehilfenvertreter auf, bei passender Gelegenheit mehr Energie zu zeigen, eventuell die Gesamtkollegenchaft zu befragen.

Regensburg. Für Sonntag, den 22. August, hatte der Druckerverein seine Mitglieder sowie die Gesamtkollegenchaft in das Olympia-Vielspieltheater eingeladen, um die Lichtbilder nebst Film zu dem Vortrag: „Der Kupferstiefdruck“, welche die Johannesberger Maschinenfabrik bereitwillig zur Verfügung stellte, vorzuführen.

Bad Reichenhall. Verbandssollagen und Lehrlinge von Bad Reichenhall, Berchtesgaden, Traunstein und Freilassing waren zu einer Versammlung am 22. August hier zusammengekommen. Nach Begrüßung durch Kollegen Czernin nahm Gauverwalter Strauß (München) das Wort zu Ausführungen über Verbands- und Tarifwesen.

### Allgemeine Rundschau

Zwei Sechzigjährige. Dieser Tage vollendeten zwei Kollegen bekannte Verbandsfunktionäre, die Kollegen Albrecht Jilke, der sich als Sekretär im Verbandsvorstande besondere Verdienste um den Aufbau unfrer Zehnjahresabteilung erwarb, und Robert Braun, der Berliner Gewerkschafter, ihr 60. Lebensjahr.

Richard Fischer. Am 21. September verstarb in Berlin im 72. Lebensjahre unser früherer Kollege Richard Fischer, dessen Name im Meinungsstreit Ende der neunziger Jahre im „Korr.“ oft genannt worden ist. Schon als Einundzwanzigjähriger ging Fischer vom Sekretär zum Redaktionsleiter über.

Nachnahmewerkes Beispiel. Anlässlich der Feier ihres 80jährigen Jubiläums überreichte die Geschäftsleitung des „Sächsischen Erzählers“ in Bischofswerda ihrem Personal ein ansehnliches Geldgeschenk.

die verheirateten Gehilfen je 100 M. und die ledigen je 50 M. Die Beihilfen erhielten 30 und 25 M. Dieses Entgelt kommt der Firma gegenüber ihrem Personal verdient um so mehr Anerkennung, als diesem alljährlich zu Weihnachten ein Geldgeschenk verabreicht wird.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkerkammer in Darmstadt legten der Druckerkollege Max Kemmann und der Seherkollege Wilhelm Schmidt, beide aus Offenbach a. M., die Meisterprüfung mit der Note „Gut“ ab.

Am die deutschen Drucker! Um die deutschen Drucker vor einer Zerschlagung zu bewahren, macht die Zentral-Kommission der Drucker im Verbands der Deutschen Buchdrucker darauf aufmerksam, daß mit dem „Deutschen Drucker“, wie sich eine alte Zeitschrift („Deutscher Buch- und Stein-drucker“) vom 1. Oktober ab glaubt nennen zu müssen, die Zentral-Kommission nichts zu tun hat.

Eines „guten Deutschen“ Worte und Taten. Unter dieser Epigramme brachte unser österreichisches Bruderorgan, der Wiener „Vorwärts“, in seiner letzten Nummer nachfolgende Notiz, die auch für deutsche Kollegen von Interesse sein wird. Um so mehr, als die in der Notiz erwähnte „Mutuum“ A.-G. außer der Berliner „Deutschen Zeitung“ noch etwa ein Duzend Druckereien und auch Zeitungen in Deutschland besitzt. Die betreffende „Vorwärts“-Notiz besagt folgendes: „Die Erste Wiener Vereinsdruckerei (Deutsch-österreichische Tageszeitung) macht schon längere Zeit in der unruhigsten Weise vor sich zucken.“

Deutschland zum Washingtoner Abkommen. Anfang dieses Jahres sahien es, als ob die Londoner Vereinbarungen der Arbeitsminister verschiedener Staaten uns der Ratifikation des Washingtoner Abkommens endlich näherbringen würden. Die inzwischen eingetretene politische und wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Staaten hat aber einen Teil dieser Hoffnungen bald wieder zerstört.

